

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Margot Nienkämper (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung

### Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung betreffend psychisch kranke Menschen

Die Kleine Anfrage 441 vom 22. November 1996 hat folgenden Wortlaut:

Trotz vielfältigen Engagements von Selbsthilfegruppen und anderer Stellen ist eine weitere Aufklärung der Bevölkerung über das Erscheinungsbild psychischer Erkrankungen wünschenswert.

Aus dem Kreis betroffener Angehöriger kommt der Vorschlag, daß neben der Behandlung und dem Aufmerksammachen auf physische Krankheiten bereits in der Schule auch auf psychische Erkrankungen, ihre Auswirkungen und damit natürlich auch verbunden unser Umgang mit psychisch Kranken angesprochen wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, in oben aufgeführtem Sinne bereits in der Schule auf das Problemfeld psychisch Kranker aufmerksam zu machen? Wenn ja, in welcher Form?
2. Ist die Landesregierung bereit, diese Thematik in den Lehrplan aufzunehmen?
3. Ist die Landesregierung bereit, bei der Ausbildung von Pädagogen zu Suchtberatungslehrern auch das Phänomen der psychischen Erkrankung mit aufzunehmen?
4. Wenn die Fragen 2 und 3 mit Ja beantwortet werden, in welcher Form wird die Landesregierung hier vorgehen?

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. Dezember 1996 wie folgt beantwortet:

Zu 1. und 2.:

Psychische Erkrankungen weisen sehr vielfältige Erscheinungsbilder auf. Diese alle darstellen zu wollen übersteigt bei weitem die Möglichkeiten von Schule. Eine differenzierte Aufnahme in die Lehrpläne würde noch keine Empathie erzeugen, die notwendig ist, um einen psychisch kranken Menschen zu begleiten.

Unabhängig davon wird die Thematik im Rahmen der Erziehung zu Toleranz und Mitfühlen aufgegriffen. Insbesondere in den Fächern Religion und Ethik wird das Thema „Menschen, die unserer Hilfe bedürfen“ angesprochen.

Zu 3.:

Die Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer für Suchtvorbeugung werden über freiwillige Fortbildungsmaßnahmen und verpflichtende Dienstbesprechungen der Bezirksregierungen ausgebildet. Insofern sind diese Personen für psychische Probleme von Menschen sensibilisiert.

Unabhängig davon bietet das Staatliche Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst regelmäßig Veranstaltungen zu dieser Problematik an.

Zu 4.:

Entfällt.

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner  
Staatsminister